

diesen möglichen Kirchenerfahrungen und ihren Begrenzungen eines ganz deutlich wird:

Die SchülerInnen können hier relativ bunte kirchliche Teams erleben (verschiedene Lebensformen, Alter, mit unterschiedlicher Nähe, Kritik, aber auch Freude an der Kirche). In den Teammitarbeitern begegnen sie Christen, die sich als „personales Angebot“ (im Sinne des Synodenpapiers „Aufgaben und Ziele der kirchlichen Jugendarbeit“) zur Verfügung stellen. Das bedeutet, daß die SchülerInnen sich ebenso mit ihren Anliegen, Ideen und Fragen einbringen können, wie auch die Mitarbeiter sich darauf einlassen und dabei auch ihre Position einbringen. So kann es geschehen, daß in manchen Gesprächen und Aktionen etwas aufscheint von der gemeinsamen Suche nach dem Reich Gottes und auf diese Weise, wenn auch klein, Kirche lebendig wird. Die Erfahrung dieser Woche ist für die SchülerInnen natürlich nur kurz und punktuell, aber sie ist eine bleibende Erfahrung. Es ist ein Ort, wo sie oft ganz neu Gemeinschaft mit denen erfahren können, mit denen sie schon lange zusammen sind, die sie aber noch gar nicht recht kannten. Diese Tage sind ein Ort, an dem die Jugendlichen auf bestimmte Dimensionen ihres Lebens neu aufmerksam werden können (auf ihre Person, auf Beziehungsgeschehen, auf Werte und Ziele, auf den Glauben, auf Gemeinschaft, auf Kreativität . . .).

Es geht in unserem Tun als Kirche vor Ort also inzwischen weniger um ausdrückliche Verkündigung, sondern eher um das Bezeugen christlicher Werte (im Sinn von Evangelii nuntiandi 21 „Zeugnis ohne Worte“) und in der teilweisen Ermöglichung eines neuen Umgangs mit sich und anderen, inzwischen auch um diakonisches Wirken. Es geht darum, daß die Jugendlichen durch uns mehr von der Fülle des Lebens – für sich und miteinander – entdecken und erleben können, die Gott ihnen allen zuteil werden lassen will.

Wir glauben, wenn es uns gelingt, eine offene und dialogbereite Kontaktstelle, schlicht Menschen zu sein, die Standpunkte beziehen, aber nicht normieren, und wenn die Jugendlichen uns als einen Ort der Kirche in Erinnerung behalten, dann ermöglichen wir manchen Jugendlichen an einer Nahtstelle zwischen ihrem Alltag, in dem Kirche nicht

oder kaum auftaucht, und einer Kirche, die auch wenig Kontakt zu Jugendlichen hat, positive Zugänge zu dieser Kirche, auch wenn dadurch nicht gerade neue Kirchgänger gewonnen werden.

Zum hauptberuflichen Team im „Haus Marienfried“ gehören (außer mir):

Elmar Schäfer, Jg. 1970, Sozialpädagogin, pädagogischer Mitarbeiter,

Christoph Schwake, Jg. 1963, Sozial- und Religionspädagogin, pädagogischer Mitarbeiter,

Sr. Elisabeth Weiner OSB, Jg. 1942, Pädagogin, Leiterin der Bildungsstätte.

Im Haus Marienfried werden jährlich ca. 32 Orientierungstagskurse (= 54 Klassen) durchgeführt.

## Moritz Amherd

### Keine Trennung von Kirche und Staat im Kanton Zürich

*Es ist schon erstaunlich, wie klar sich die Bevölkerung des Kantons Zürich gegen die Trennung von Kirche und Staat ausgesprochen hat – obwohl zunächst eine deutliche Mehrheit für eine solche Trennung eingestellt war. Für die Kirchen bot diese Initiative die Möglichkeit, den Menschen bewußt zu machen, was die Kirche für die Gesellschaft insgesamt bedeutet und vor allem auf sozialem Gebiet, aber auch durch ihre Bildungsaktivitäten u. a. leistet. Trotzdem weiß sie, daß manche Fragen offen sind, und sie ist bereit, sie zu lösen. Insgesamt hat die Abstimmung gezeigt, „daß die Volkskirchen in unserer Gesellschaft viel tiefer verankert sind, als die Teilnahme an kirchlichen Angeboten ahnen ließ“.* red

Im Juli 1993 wurde im Kanton Zürich eine Volksinitiative eingereicht, welche die Trennung von Kirche und Staat verlangte. Sie war unterschrieben von 10.500 Stimmberechtigten. Die Mindestzahl für die Einreichung einer Initiative beträgt 10.000 Stimmen. Die Initiative verlangte, daß alle Kirchen ins Privatrecht verwiesen werden sollen, d. h. der öffentlich-rechtliche Status der drei bisher anerkannten Kirchen, nämlich der evangelisch-reformierten, der römisch-katholischen und der christkatholischen Kirche sollte abgeschafft werden. Am 24. September 1995 wurde die Initiative mit 193.822 Nein zu 105.452 Ja unerwartet deutlich abgelehnt. Rund 65% der Stimmenden sprachen sich gegen die Initiative aus.

## 1. Die besondere Ausgangslage im Kanton Zürich

Die Schweizerische Bundesverfassung gewährleistet in den Art. 49 und 50 im wesentlichen die Religionsfreiheit und garantiert, daß kein Bürger gehalten ist, Steuern zu bezahlen, welche speziell für eigentliche Kulturzwecke einer Religionsgemeinschaft, der er nicht angehört, bestimmt sind. Im übrigen ist die Ausgestaltung des Verhältnisses von Kirche und Staat den einzelnen Kantonen überlassen.

Zürich ist ein traditionell reformierter Kanton, auch wenn sich die Prozentzahlen der Kantonseinwohner mit der katholischen Kirche mehr und mehr angleichen. Die zwinglianische und calvinistische Reformation in der Schweiz hatte zur Folge, daß zwischen Staat und Kirche ein sehr enges Verhältnis aufgebaut wurde. Dieses Verhältnis hat sich in den von der Reformation besonders geprägten Kantonen, namentlich in Zürich, Bern, der Waadt und dem Kanton Basel-Land bis heute erhalten. Es gibt zwar Leute, auch Vertreter der Kirchenleitungen und der Professorenschaft der Theologischen Fakultät, die darlegen, daß Kirche und Staat im Kanton Zürich bereits getrennt seien. Juristisch trifft das insofern zu, daß die Kirchen eine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen; das, was aber landläufig unter Trennung von Kirche und Staat zu verstehen ist, ist bei weitem nicht erfüllt.

Die enge Verflechtung von Kirche und Staat im Kanton Zürich kann wie folgt umschrieben werden:

– Die reformierte, die katholische und die christkatholische Kirche sind Körperschaften des öffentlichen Rechtes. Darin unterscheidet sich Zürich nicht von den übrigen Kantonen der Schweiz, mit Ausnahme der Kantone Genf und Neuenburg.

– Im Unterschied zu den meisten übrigen Kantonen erhalten die anerkannten Kirchen namhafte staatliche Unterstützungen: Die reformierte Kirche rund 37 Mio. Franken (vor allem für die Pfarrbesoldung), die katholische Kirche als Kompensation zu diesen Beiträgen 8,3 Mio. Franken und die christkatholische Kirche 0,2 Mio. Franken. Nicht eingerechnet sind hier die Aufwendungen des Staates für die Theologische Fakultät an der Universität Zürich (reformiert).

– Wie in 16 weiteren Kantonen bezahlen im

Kanton Zürich die juristischen Personen Kirchensteuern.

– Darüber hinaus bezahlt der Staat Beträge an die Spitalseelsorge, die Mittel für die Schulseelsorge und die Gefängnisseelsorge.

– Die staatskirchenrechtliche Organisationsstruktur ist ganz der staatlichen Gesetzgebung angeglichen, namentlich für die Organisation der Gemeinden, der Wahlen und die Entrichtung der Kirchensteuern.

Daß diese enge Verflechtung von Kirche und Staat einen satten Nährboden für eine Trennunginitiative abgibt, ist nicht weiter verwunderlich.

## 2. Die Initianten

Aus der Vergangenheit sind wir gewohnt, daß Begehren auf Trennung von Kirche und Staat von linker Seite eingebracht werden. Im Falle der vorliegenden Initiative war das Gegenteil der Fall. Unmittelbarer Auslöser für die Trennunginitiative war ein Artikel im reformierten Zürcher Kirchenboten vor der Regierungsratswahl von 1991. Hier wurde der SP-Kandidat Moritz Leuenberger (heute Bundesrat) unverhohlen zur Wahl in den Regierungsrat empfohlen. Das brachte rechtsbürgerliche Kreise in Rage, und sie strebten eine Disziplinierung der Kirche an, um ihrer angeblichen Linkslastigkeit die Stirne zu bieten. Zu ihnen gesellten sich radikalliberale Kreise aus dem Freisinn, die in der Trennung ein urliberales Anliegen erblickten und eine Vollendung der Aufklärung anstrebten.

## 3. Die Strategie der Kirchen

Noch im Frühjahr 1995 hatte eine Repräsentativumfrage des Tages-Anzeigers ergeben, daß 55% der Befragten eine Trennung von Kirche und Staat befürworteten und nur 34% dagegen waren. Das hat die Kirche zwar nicht in Panik versetzt, aber es hat aufgezeigt, daß wir eine große Informationsleistung erbringen müssen über das, was die Kirchen tun und was eine Trennung zu Folge hätte. Die wichtigsten Maßnahmen, die wir ergriffen haben, seien kurz dargestellt:

a) Sozialbilanz: Wir gaben bei einem renommierten Sozialforschungsinstitut eine Studie in Auftrag, die die Leistungen der Kirche erfaßte. Es ging dabei um die Darstellung der Leistungen der beiden großen Kirchen für Staat und Gesellschaft. Diese Studien haben die beiden großen Kirchen zwar eini-

ges an Geld gekostet, sie erwisen sich aber in zweifacher Hinsicht als äußerst nützlich: Sie waren ein überzeugendes Argument im Abstimmungskampf, und außerdem lieferten sie Grundlagen für weitere Überlegungen bei der Gestaltung der Seelsorge.

Diese Studie, die vor allem auch die Freiwilligenarbeit in den Pfarreien erfaßte, wurde in der Debatte im kantonalen Parlament immer wieder erwähnt und brachte in der Folge viel Aufmerksamkeit in den Medien, bei den Referaten und in den Gesprächen.

b) Informationsveranstaltungen: Im ganzen Kanton haben unzählige Informationsveranstaltungen stattgefunden, z. T. drei- bis viermal in der gleichen Gemeinde. Sie wurden organisiert von Kirchengemeinden, politischen Parteien, Organisationen, angefangen von den Freidenkern bis hin zur katholischen Volkspartei, eine kleine, aber lautstarke rechte Gruppierung. Je näher der Abstimmungstermin rückte, umso besser waren die Veranstaltungen besucht.

#### 4. Gespräche mit den Medien

Die Medien spielten in dieser Frage natürlich eine erhebliche Rolle. Etwas beunruhigend war, daß der verantwortliche Lokalredaktor der Neuen Zürcher Zeitung Hauptinitiant für die Trennung von Kirche und Staat war. Er konnte in der NZZ zwar seine Meinung darstellen, aber schlußendlich hat die NZZ sich klar gegen die Initiative ausgesprochen.

Eine ähnlich schwierige Situation ergab sich beim Tagesanzeiger, der auflagenstärksten Zeitung, dessen Redaktion zunächst durchaus für die Initiative zu haben war, sich dann aber doch mit einer kontradiktorischen Behandlung des Themas abfinden mußte. Bei beiden Zeitungen waren dazu natürlich Gespräche erforderlich.

#### 5. Parteien

Immer wieder fanden informelle Gespräche mit Parteivertretern statt. Obwohl die Initiative ihre vehementesten Vertreter in den bürgerlichen Parteien hatte, haben diese in ihren Abstimmungsempfehlungen die Initiative abgelehnt. Sehr deutlich die Schweizerische Volkspartei, etwas weniger deutlich die Freisinnige Partei. Klar abgelehnt haben die christlichen Mittelparteien.

Interessant war, daß die Linksparteien, allen voran die Sozialdemokratische Partei und

dann auch die Grünen, die Initiative ablehnten. Ihre Ablehnung beschränkte sich nicht nur auf eine Wahlempfehlung, sie engagierten sich auch ganz aktiv gegen diese Initiative. Das ist ein bemerkenswerter Unterschied zum bisherigen Verhalten der Sozialdemokratie, die sich früher markant für eine Trennung aussprach und sich in jüngster Zeit eher neutral verhielt.

#### 6. Die Kirchenleitung

Daß Bischof W. Haas große Sympathien für die Trennungsinitiative bekundete, war offensichtlich. Seine Gefolgsleute gaben dann auch klare Abstimmungsempfehlungen in diesem Sinne aus. Die Gründe liegen auf der Hand: Die staatskirchenrechtlichen Gremien waren und sind es, die am deutlichsten und öffentlichkeits-wirksam die Meinung des Kirchenvolkes kundtun. Kirchenrechtlich ist ein solcher Status nicht vorgesehen, was dem Bischof die Handhabe für seine Stellungnahme liefert.

Die zürcherischen kirchlichen Gremien haben sich ihrer Radikalität wegen klar gegen die Initiative ausgesprochen.

#### 7. Der Abstimmungskampf

Jede der betroffenen Kirchen zog einen eigenen PR-Berater zu, und jede Kirche erstellte auch ihr eigenes Argumentarium, das in ihren Kreisen publiziert wurde. Das Erscheinungsbild nach außen war aber ein gemeinsames, was sich dann vor allem in der Werbung und in den Presseauftritten zeigte. Die Parteien haben sich zwar ausführlich mit dem Thema befaßt. Sie engagierten sich selber aber nicht groß für den Abstimmungskampf, sondern überließen das der Kirche. Andererseits war es nicht ganz einfach für die Kirche, sich in eigener Sache derart in den Vordergrund zu stellen. So bildete sich ein überparteiliches, kantonales Komitee, das mit namhaften Persönlichkeiten aus allen Parteien bestückt war. Neben diesem, von den Kirchen initiierten überparteilichen Komitee bildeten sich spontan noch zwei weitere: ein linkes Komitee sowie ein Frauenkomitee. Beide waren sehr aktiv und hatten nachhaltigen Einfluß im Abstimmungskampf.

Die entscheidende Arbeit mußte natürlich von den Kirchengemeinden geleistet werden. Zu unserem eigenen Erstaunen wurden unzählige eigene Initiativen ergriffen, die zeig-

ten, wie sehr diese Frage die Bevölkerung berührte.

Die Kosten für die kantonale Abstimmungskampagne wurden ausschließlich aus Spendengeldern finanziert. Für die reine Information haben wir zwar auf Steuergelder zurückgegriffen, für die eigentliche Propaganda wurden nur freiwillige Zuwendungen eingesetzt.

### 8. Beurteilung des Abstimmungsergebnisses

Wie eingangs erwähnt, hat die meisten von uns das Ausmaß der Ablehnung überrascht. Wir Katholiken waren bezüglich der Abstimmung wesentlich optimistischer als die reformierte Kirche.

Unmittelbar nach der Abstimmung haben wir eine Meinungsumfrage in Auftrag gegeben. Aus der Fülle der Daten sei folgendes herausgegriffen:

- Die Ablehnung lag bei den Frauen wesentlich höher als bei den Männern (56/74%).
- Die Katholiken und die Reformierten haben in ungefähr gleichem Ausmaß abgelehnt.
- Interessant ist, daß die mittelalterlichen (35-54jährige) signifikant mehr Sympathien für die Trennungsinitiative hatten, als die jüngeren und älteren Stimmenden.
- Die größte Ablehnungsquote der Initiative erbrachten die relativ kleinen Mittelparteien. Die Sozialdemokraten und die Grünen lehnten mit 67% und die bürgerlichen Parteien nur mit 60% ab.
- Wichtigste Gründe für die Ablehnung waren die Funktion der Kirchen in der Gesellschaft und ihr soziales Engagement.
- Bei der Zustimmung zur Initiative überwogen die grundsätzliche Befürwortung von Trennung von Kirche und Staat sowie die Leistungen des Staates an die drei anerkannten Kirchen.

### 9. Wie weiter?

In der Abstimmungskampagne wurde von Seite der Kirchen immer wieder betont, daß sie zu Reformen bereit sind. Solche wurden von den Medien und der Bevölkerung auch immer wieder verlangt. Trotz des guten Abstimmungsergebnisses werden die Kirchen nicht darum herumkommen, diesen Begehren nachzukommen. Sie betreffen namentlich:

- Abgeltung der Staatsbeiträge
- Kirchensteuern der juristischen Personen

- Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften

- Kirchliches Stimmrecht für Ausländer

- Anpassung der Kirchengesetzgebung.

Die Kirchen sind gewillt, trotz des guten Abstimmungsergebnisses, diese Reformen rasch, gezielt und energisch anzugehen. Vorbereitungen dazu sind bereits im Gange.

### 10. Grundsätzliche Beobachtungen und Erwägungen

Die Initiative auf Trennung von Staat und Kirche hat innerhalb und außerhalb der Kirchen einiges bewegt. Dazu ein paar Gedanken:

Die Abstimmung im Kanton Zürich hatte Signalwirkung für die Kirchen im ganzen Land. Die katholische und die protestantische Kirche im Kanton Zürich haben die Abstimmung dann auch in diesem Bewußtsein vorbereitet und geführt.

Die Abstimmung hat gezeigt, daß die Volkskirchen in unserer Gesellschaft viel tiefer verankert sind, als die Teilnahme an kirchlichen Angeboten ahnen ließ. Es war für alle Beteiligten überraschend festzustellen, wie viele Menschen sich gegen den Versuch zur Wehr gesetzt haben, die Kirchen und ihre Präsenz in der Gesellschaft zu marginalisieren. Es gab keinen Graben zwischen Linken und Rechten, zwischen Jungen und Alten.

Moritz Leuenberger hat in der erwähnten Arena-Sendung zum Thema Kirche und Staat die ethische, wertsetzende Funktion der Kirchen herausgehoben und unterstrichen, daß dies nicht Aufgabe des Staates sein könne. Dieser Bedarf nach ethisch-moralischer Ausrichtung ist im gesellschaftlichen Kontext gefragt. Viele Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihrer Kirche Entscheidungskriterien in grundsätzlichen Dingen, sie sehen sie aber auch als Korrektiv zur Ebene der großen Zweckrationalität bei vielen Aspekten staatlichen Handelns.

Die Veröffentlichung der Sozialbilanz, die ich erwähnte, hat im Vorfeld der Abstimmung viel Aufmerksamkeit ausgelöst und der Bevölkerung ins Bewußtsein gebracht, welche Funktionen die Kirchen in der Begleitung der Menschen in vielen Lebenssituationen erfüllen. Es ist auch bewußt geworden, wie viel unbezahlte freiwillige Arbeit aufgrund professioneller Strukturen ausgelöst wird.

Ein Hauptargument bei den vielen Diskussionen und Vorträgen war für mich, die Volkskirchen als integrierende Instanz darzustellen. Ich bin überzeugt, daß die zentri-fugalen Kräfte bei einer Trennung von Kirche und Staat stark an Gewicht gewinnen würden. Mit dem Begriff Volkskirche ist für uns untrennbar auch ihre demokratische Struktur verbunden, die bei einer Trennung zweifellos geschwächt, wenn nicht gar ne-giert würde.

Was uns sehr überrascht und erfreut hat, war die Bereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger, sich für ihre Kirche einzusetzen. Auch wenn wir manchmal den Eindruck haben, das Engagement für die Kirche sei nicht mehr groß, hat sich anlässlich dieser Abstimmung plötzlich gezeigt, wie sehr viele Kirchenglieder, auch wenn sie sich nicht son-derlich engagieren, bereit sind, etwas für die Erhaltung unserer Volkskirchen zu tun. Manchmal schien das Bedürfnis vieler Kirchenglieder, in dieser Frage etwas zu unternehmen, geradezu zu überborden.

Was sich gezeigt hat, das war die Bereit-schaft zum Engagement, das mit der Infor-mation wächst, d. h. daß wir gut beraten sind, unsere religiösen, sozialen und kultu-rellen Leistungen einem breiten Publikum nahe zu bringen.

Die Information erfolgte primär über die Medien, die im Abstimmungskampf die Rol-le der Kirche mit viel Sympathie dargestellt haben und, von wenigen Ausnahmen abgese-hen, gute Informationsarbeit geleistet ha-ben.

Die kontinuierliche Medienarbeit erfordert ein kircheninternes und unabhängiges Mo-nitoring des öffentlichen Auftritts. Selbst-kritik bringt schwache Argumentationen zu Tage, schält aber auch Stärken heraus.

Das Verhältnis der Kirchen zum Staat muß von den Kirchen selbst entwickelt werden. Es ist nachteilig, wenn das Verhältnis von Kirche und Staat den Kirchen von außen her aufgedrängt wird.

Und schließlich nachzudenken ist auch über ein kirchliches Krisenmanagement, wenn in der Öffentlichkeit echte oder vermeintliche Fehlleistungen ausgebreitet werden.

Entscheidend ist die Einsicht, daß die Kir-chen im Urteil der Menschen weit besser da-stehen als wir als Engagierte es oft glauben. Trotz aller Unzulänglichkeiten, die natür-

lich gerade bei uns Katholiken im Kanton Zürich mit unserer Bistumssituation sehr markant zum Ausdruck kamen, hängen viele Leute an ihrer Kirche und oft, ohne es nach außen zum Ausdruck zu bringen, wollen sie diese nicht missen. Dieses Potential müssen wir erhalten, fördern und zur Entfaltung bringen.

## Walter Fürst

### Accueil

Zu einem Schlüsselwort pastoraler Spiritualität und Lebenskultur in der französischen Kirche

*Der folgende Beitrag möchte dazu Anstoß geben, die von anderen (siehe Literaturanga-ben) schon vor Jahren begonnene Wahrneh-mung jenes einladenden Stils zukunftsträch-tiger Stadt- und Gemeinde-Pastoral in Frankreich, der mit diesem Stichwort ver-bunden ist, erneut aufzugreifen und ver-mehrt ins pastoral-praktische Gespräch zu bringen. Ausgangspunkt ist die unterschied-liche Erfahrung im Umgang mit Gästen in diesen einladenden Gemeinden von Paris und in Kirchen von Verona.* red

Vergangenen Sommer verbrachte ich einige unvergeßliche Tage der Erholung im ober-italienischen Verona. Zum Charme dieser liebenswerten Stadt europäischer Kultur gehören kunsthistorisch herausragende Kir-chen, wie etwa St. Anastasia oder St. Zeno, die zu besuchen niemand versäumen darf. Seit einiger Zeit sind diese vom Tourismus überfluteten „Monumente der Kunst“ gan-ztägig geöffnet, der Zutritt freilich ist, anders als früher, nicht mehr kostenlos. Eine „Asso-ziazione ‚chiese vive‘ Verone“ organisiert und verwaltet nunmehr den „permesso di vi-sita“, die „Besuchserlaubnis“. Und dies wird mit bestimmten Ansprüchen verknüpft. Noch bevor ich die notwendigen Billets lö-ste, wurde ich mit Verbotstafeln konfrontiert, die via „Logo“ ein mehrfaches „No!“ signalisieren. Eis – No! Hunde – No! Un-ziemliche Kleidung – No! etc. Besonders fiel mir ins Auge: das Signet „Menschenpaar in Freizeitkleidung“ mit dicken schwarzen Balken durchgestrichen – No! Nach einem sechsfachen „No!“ wird schließlich per Text